Abgeordnetenhaus BERLIN

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

**Ausschuss für Bildung,
Jugend und Familie**

35. Sitzung
14. Februar 2019

Beginn: 13.00 Uhr
Schluss: 15.35 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

– Für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sind Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) und Herr Staatssekretär Rackles (SenBildJugFam) anwesend. Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) lässt sich aufgrund der zeitgleich stattfindenden Senatsklausur entschuldigen.

– Die Vorsitzende gestattet den Medienvertretern die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen gemäß § 5 S. 2 in Verbindung mit § 6 der Anordnung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin über die Sicherheit und Ordnung vom 9. November 2011 (Hausordnung).

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Im Vorfeld der Sitzung wurden folgende schriftliche Fragen eingereicht:

– „Wie viele Studierende in Quereinstiegsmaster-Studiengängen haben sich zum Wintersemester 2018/19 um das Lehramt-Stipendium in Höhe von 500 € monatlich für zwei Jahre beworben und wie viele Stipendien wurden zum Wintersemester 2018/19 bewilligt?“
(Fraktion Die Linke)

– „Wie bewertet der Senat die derzeitige Situation an der Bäke-Grundschule infolge der MUR-Sperrung seit Anfang Oktober 2018, insbesondere unter Aspekten wie Brandschutz, Reinigung, Datenschutz und Lärmbelästigung des Schulbetriebs und wie will der Senat die Abstellung der Mängel zeitnah sicherstellen, um die Qualität des Schulunterrichts nicht zu gefährden?“
(Fraktion der FDP)

– „Unter dem Titel ‚Der rechte Rand der DDR-Aufarbeitung‘ findet am 14.02.2019 in den Räumen der Amadeu-Antonio-Stiftung eine Tagung statt. Die Einladung zu der Tagung erschien für einen Tag auf der Internetseite der Amadeu-Antonio-Stiftung. Opferverbände kritisieren, es handele sich um eine Veranstaltung mit agitatorischem Charakter, die zudem nicht hinreichend öffentlich bekannt gemacht wurde. Wer ist offizieller Veranstalter, wurde aus Sicht des Senats das Transparenzgebot eingehalten und sieht der Senat hinsichtlich des Programms und des Einladungstextes, die bereits vorliegen, das Neutralitätsgebot verletzt?“
(AfD-Fraktion)

Mündlich werden folgende Fragen gestellt:

– „In Bezug auf die aktuellen Streikmaßnahmen der Erzieher/innen in den Kitas, frage ich den Senat: Wie erklären Sie die Handlungsweise des Senats, der bei den Tarifverhandlungen auf der Arbeitgeberseite vertreten ist, in den Tarifverhandlungen über den Abschluss des TV-L vor dem Hintergrund des einstimmigen Beschlusses des Abgeordnetenhauses, Sozial- und Erzieherberufe deutlich aufzuwerten und Einkommen von Berliner Erzieher/innen und Sozialpädagogen/innen zu verbessern?“
(Fraktion der CDU)

– „Wird der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie bei der milliardenschweren Schulbauoffensive, bei der unter anderem vom Senat geplant ist, einen Teil der Schulen, nach dem Vorbild von ‚Montessori‘ zu bauen, miteinbezogen und die Öffentlichkeit darüber informiert, auf welche Art und Weise dies geschehen wird?“
(Herr Abg. Wild, fraktionslos)

Nachdem Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) und Herr Staatssekretär Rackles (SenBildJugFam) die Fragen beantwortet haben, schließt der Ausschuss Punkt 1 a) der Tagesordnung ab.

b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) berichtet über den bevorstehenden Termin zum Kitaspitzengespräch am 22. Februar 2019 und beantwortet in diesem Zusammenhang Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss schließt Punkt 1 b) der Tagesordnung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

a)	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/0739 **Unabhängige Ombudsstelle für Kindertagesstätten, Kindertagespflegestellen und Einrichtungen zur Ganztagesbetreuung von Grundschulkindern**	0111 BildJugFam Haupt
b)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Unabhängige Ombudsstelle für Kindertagesstätten, Kindertagespflegestellen und Einrichtungen zur Ganztagesbetreuung von Grundschulkindern** (auf Antrag der Fraktion der FDP)	0147 BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs.

Herr Abg. Fresdorf (FDP) begründet den Antrag sowie den Besprechungsbedarf.

Es geben Stellungnahmen ab und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

– Frau Dipl.-Päd. Elisabeth Elsner, Gründerin und Inhaberin der Praxis IN.PUNKTO.ERZIEHUNG,

– Herr Torsten Wischnewski-Ruschin, Fachreferent für Kindertagestätten des Landesverbandes Berlin e.V. des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, diesen Punkt zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 3 der Tagesordnung

Stellungnahmeersuchen des Hauptausschusses 0196
Rote Nummer 1529 BildJugFam
1) Bericht SenFin – II C/ESD – vom 23.09.2018
Zentrale Stelle für Rahmenvertrags- und Entgeltverhandlungen im Land Berlin – Entgeltstelle Soziale Dienstleistungen –
hier: Fortschreibung des Monitoringberichts und Ergebnisse der Analyse der Fallzahlensteigerungen im Bereich Hilfen zur Erziehung im Bezirk Marzahn-Hellersdorf
(UABez 0019 B)

2) Schlussbericht SenBildJugFam – III D 16 – vom 23.05.2018
Mehraufwand im Bericht Hilfen zur Erziehung – Hilfen zur Erziehung und personeller und finanzieller Aufwand für die Bezirke durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
gemäß Auflage A. 19 Abs. 6 – Drucksache 18/0700 zum Haushalt 2018/2019
(Rote Nummer 1190 A)

3) Bericht SenBildJugFam – III D 12 – vom 18.06.2018
Zielvereinbarung über das Fachcontrolling bei Hilfen zur Erziehung
hier: Ausgaben und Fallzahlen
gemäß Auflage A. 19 Abs. 2 – Drucksache 18/0700 zum Haushalt 2018/2019
(Rote Nummer 1190 D)

4) Schlussbericht SenBildJugFam – III D 16 – vom 20.08.2018
Stand der Umsetzung der Zielvereinbarung über das Fachcontrolling bei Hilfen zur Erziehung
gemäß Auflage A. 19 Abs. 1 – Drucksache 18/0700 zum Haushalt 2018/2019
(Rote Nummer 1190 F)

Die Berichte wurden dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie vom Hauptausschuss mit der Bitte um Stellungnahme bis zum 30. April 2019 zur Verfügung gestellt.

Die Berichte waren bereits in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie am 6. Dezember 2018 behandelt und im Anschluss vertagt worden, um eine inhaltliche Stellungnahme erarbeiten zu können.

Für die Senatsverwaltung für Finanzen ist Frau Dr. Lange (SenFin) anwesend.

Frau Abg. Seidel (LINKE) begründet den vor der Sitzung an die Mitglieder des Ausschusses verteilten Vorschlag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen für eine inhaltliche Stellungnahme gegenüber dem Hauptausschuss (Anlage).

Im Laufe der Beratung beantragt Herr Abg. Simon (CDU), den Vorschlag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen wie folgt zu ändern:

1. In dem ersten Satz auf Seite 2 der Stellungnahme wird das Wort „hohe“ gestrichen.

2. In dem zweiten Satz des letzten Bullet Points auf Seite 2 der Stellungnahme werden nach den Worten „mit den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften“ das Komma und die Worte „Wohnungsbaugenossenschaften und anderen Anbietern von Wohnraum“ eingefügt.

3. Der zweite Satz des ersten Bullet Points auf Seite 3 wird wie folgt gefasst: „Bei bereits praktizierten kooperativen Ansätzen ist zu prüfen, ob diese gegebenenfalls regelhaft eingeführt werden können.“

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der erste Änderungsantrag der Fraktion der CDU wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU bei Enthaltung der AfD-Fraktion abgelehnt.

Der zweite Änderungsantrag der Fraktion der CDU wird einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion angenommen.

Der dritte Änderungsantrag der Fraktion der CDU wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP abgelehnt.

Im Ergebnis wird der Vorschlag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen für eine inhaltliche Stellungnahme gegenüber dem Hauptausschuss einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP mit der zuvor beschlossenen Änderung angenommen.

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den Hauptausschuss.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/0339 **Für Chancengleichheit – Beste Bildung schon vor der Schule**	0056 BildJugFam Haupt

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 06.09.2018

Dem Ausschuss liegt das Wortprotokoll der Sitzung vom 6. September 2018 vor.

Der Besprechungsbedarf wurde bereits in der Sitzung vom 6. September 2018 von Herrn Abg. Fresdorf (FDP) begründet.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) Stellung nimmt, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Antrag – Drucksache 18/0339 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP abgelehnt.

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung über den Hauptausschuss an das Plenum.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Zusammenarbeit und Kooperation von Jugendhilfe, Psychiatrie und Schule** (auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen)	0034 BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 11.10.2018

Dem Ausschuss liegt das Wortprotokoll der Sitzung vom 11. Oktober 2018 vor.

Der Besprechungsbedarf wurde bereits in der Sitzung vom 11. Oktober 2018 durch Frau Abg. Burkert-Eulitz (GRÜNE) begründet.

Im Anschluss an die Beratung in deren Rahmen Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) und Herr Heuel (SenBildJugFam) Stellung nehmen und Fragen der Ausschussmitglieder beantworten, schließt der Ausschuss die Besprechung ab.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (36.) Sitzung findet am Donnerstag, dem 28. Februar 2019 um 13.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende Der Schriftführer

Emine Demirbüken-Wegner Joschka Langenbrinck

Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Berlin, 14.02.19

Vorschlag für eine

Stellungnahme des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie zu Top 3 der TO des Ausschusses am 14. Februar 2019

Aufgerufene Drucksachen/Berichte:

1) RN 1529 vom 23. September 2018
2) RN 1190 A vom 23. Mai 2018
3) RN 1190 D vom 18. Juni 2018
4) RN 1190 F vom 20. August 2018

Der Ausschuss nimmt wie folgt zu den o.g. Berichten Stellung:

- **Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie befürwortet eine Verstärkung der Flexibilisierung von HzE-Mitteln.** Ausgehend von einem lebensweltlichen Ansatz ist es dringend erforderlich, stärker als bisher Präventionsstrategien im Vorfeld und Überleitungsstrategien im Nachgang von HzE-Maßnahmen zu entwickeln. Dies ist im Interesse der betroffenen Kinder, Jugendlichen und ihren Familien und dürfte sich auch kostensenkend auswirken.

  Im Bericht 1190 F (S.3) wird beispielhaft auf die Wichtigkeit niedriger flexibler ambulanter Hilfen verwiesen. Es heißt: "Mit ihnen können die Jugendämter zeitnah und flexibel auf Bedarfssituationen reagieren und so möglicherweise weiteren HzE-Bedarf vermeiden, beziehungsweise bei bestehenden Hilfen deren Umfang und Intensität zu reduzieren. Sie können dazu beitragen, die Erfolge einer Hilfe zur Erziehung über denen Ende hinaus nachhaltig zu sichern und eine Überleitung in passende Netzwerke zu gewährleisten."

  Der Bericht verweist darauf, dass der Ausbau entsprechender präventiv wirkender verlässlicher Angebote und der direkte und niedrigschwellige Zugang zu diesen, durch Kooperationsvereinbarungen mit Trägern von Regelangeboten im Sozialraum wie z.B. Schule und Kita abzusichern ist. Dafür braucht es finanzielle Ressourcen. Im Bericht wird vorgeschlagen, durch eine einzelfallübergreifende Finanzierung aus den HzE-Mitteln genau diese Flexibilität an den „Schnittstellen zwischen fördernden Angeboten und individuellen Hilfen" (RN 1190 F, S. 3) zu fördern.

  Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie spricht sich dafür aus, ein Konzept für ein „flexibles Budget Jugend (FlexiBudget)" vorzulegen und bereits für den Haushalt 2020/21 die dafür notwendigen finanziellen Mittel einzustellen. Eine entsprechende rahmenvertragliche Regelung ist noch für 2019 vorzusehen. Diese soll Rechtssicherheit und einheitliche Rahmenbedingen gewährleisten.

- Generell sieht es der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie für erforderlich an, die **Schnittstellen** zwischen HzE und den Regelangeboten stärker in den Blick zu nehmen und bereits bestehende Kooperationen, wie z.B. zwischen Schule und erzieherischen Hilfen, weiter zu fördern und im Hinblick auf ihre Wirksamkeit regelmäßig zu prüfen. Es ist darauf hinzuwirken, dass gemeinsame Angebote auch gemeinsam finanziert werden. Falls notwendig sind dafür die entsprechenden Regelungen, gegebenenfalls auch rechtskreisübergreifend, zu treffen und die KLR-basierte Budgetierung anzupassen.

- **Sicherstellung des Personals**: Die Verbesserung der Personalsituation in den Jugendämtern hat für den Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie hohe Priorität. Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie ist der Überzeugung, dass ausreichend und gut ausgebildetes und motiviertes Personal in den Jugendämtern und hier speziell in den Regionalen Sozialpädagogischen Diensten (RSD) eine zwingende Voraussetzung für eine erfolgreiche fachliche und finanzielle Steuerung der Hilfen zur Erziehung ist. In diesem Sinne stellt der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie fest:
    - Die Tätigkeit der SozialpädagogInnen, speziell auch in den RSD, ist durch eine höhere tarifliche Eingruppierung deutlich aufzuwerten und die Tätigkeit besser zu bezahlen. Der Senat wird aufgefordert, sich in den laufenden Tarifverhandlungen dafür einzusetzen.
    - Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie hält eine Verbesserung der Rahmenbedingungen der Arbeit in den RSD der Jugendämter für notwendig. Eine Fallzahlbegrenzung und danach zu bemessende Personalausstattung sowie schnellstmögliche Personalbesetzung sind dringend erforderlich. In diesem Sinne begrüßt der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie das von den Senatsverwaltungen für Bildung, Jugend und Familie sowie Finanzen vorgelegte Eckpunktepapier „Berlin braucht starke Regionale Sozialpädagogische Dienste in den Jugendämtern“ und die verabredeten Ziele, u.a. auch die Orientierung auf eine Fachkraft-Fallrelation von 1:65.
    - Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie nimmt positiv zur Kenntnis, dass es gemäß Bericht an den UA Bezirke 0019B vom 23.09.2018 (S.3) gelungen ist, in den Vereinbarungen mit den freien Trägern Regelungen zu treffen, dass Entgelterhöhungen für das Personal auch an die Beschäftigten weitergegeben werden müssen. Diese gemeinsam getroffenen Vereinbarungen stärken das partnerschaftliche Verhältnis zwischen Land, Bezirken und freien Trägern.

- **Angebote im Übergang für junge Volljährige**: Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie hält es für notwendig, ressortübergreifend ein Übergangsmanagement für junge Menschen zu entwickeln, die nach Eintreten der Volljährigkeit weiter einen individuellen Unterstützungsbedarf haben. Der Bericht 1190 F vermerkt auf Seite 4: „Im Kontext der Unterstützungsmöglichkeiten für junge Volljährige werden auch Maßnahmen außerhalb von HzE im Rahmen der Jugendberufshilfe gem. § 13 Abs. 3 SGB VIII im erweiterten Hilfesetting mitberücksichtigt. Hier ist als entsprechendes Leistungsangebot die sozialpädagogisch begleitete Wohnform (Kolpinghaus) beispielhaft zu nennen.“

- **Bedarfsgerechte Angebote für unbegleitete minderjährige Ausländer:** Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie sieht besonderen Handlungsbedarf bezüglich der jungen Menschen, die als unbegleitete Minderjährige eingereist und zwischenzeitlich volljährig geworden sind und weiter einen individuellen Unterstützungsbedarf haben. Die Deckung dieses Hilfebedarfs muss auch für diese Zielgruppe über das Erreichen der Volljährigkeit hinaus im Vordergrund stehen.
    - Entsprechend Bericht 1190 F (S.4) ist vordringlich „der Um- bzw. Ausbau von Wohnen als Verselbständigungsleistung mit geringen Betreuungsintensitäten…“. Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie sieht es als erforderlich an, insbesondere in Kooperation mit den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften Modelle zu entwickeln und zu erproben, die die Verselbständigung von jungen Menschen befördern.

- Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie regt weiterhin an, auch in diesem speziellen Kontext ein Übergangsmanagement einschließlich rechtskreisübergreifender Finanzierung zu entwickeln, wobei die Jugendhilfeleistung darin bestehen würde, die individuelle sozialpädagogische Betreuung über die Volljährigkeit hinaus sicher zu stellen. Bereits praktizierte kooperative Ansätze sind zu prüfen und gegebenenfalls regelhaft einzuführen.
- Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie nimmt positiv zur Kenntnis, dass die Mehrausgaben der Bezirke, die durch die Angebote für junge minderjährige Ausländer entstehen, vollständig finanziert werden (S. RN 1190 A sowie RN 1190 D).

- **Angebot für „die Schwierigen“:** Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie sieht es als notwendig an, das Modellprojekt „Berliner Koordinierungsstelle individuelle Hilfen“ auch im Haushalt 2020/21 zu fördern und bei Vorliegen der Auswertung der Modellphase schnellstmöglich in die Regelfinanzierung zu überführen.

- **Rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit von Hilfesystemen:** Stärkung der Kooperation mit anderen Hilfesystemen wie z.B. Gesundheit und Psychiatrie zur besseren Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit seelischen oder körperlichen Einschränkungen oder komplexen Hilfebedarfen, um im Rahmen von Inklusion entstehende Schnittstellenprobleme zu reduzieren und gelingende Übergänge in andere Hilfesysteme zu ermöglichen.

- **Wirkungsbezogene Auswertungen:** Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie hält es für wichtig, dass die Untersuchung der Wirksamkeit von erzieherischen Hilfen fortgeführt wird. In diesem Sinne sind auch Anstrengungen zu befördern, die die Datenbasis für solche Analysen verbessern. Entsprechende Auswertungen sind regelmäßig vorzunehmen und dem Abgeordnetenhaus und der Öffentlichkeit vorzulegen. Das vom Senat in der RN 1190 F (S.5) angekündigte Auswertungskonzept wird zeitnah erwartet.

- **Zur Bedarfs- und Angebotsentwicklung / Angebotsplanung:** Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie hält es für erforderlich, dass das Land Berlin stärker als bisher Einfluss auf die Angebotsentwicklung und Angebotsplanung im Bereich der HzE nimmt. Es muss zu jeder Zeit gewährleistet sein, dass sowohl Art und Zahl der Angebote, ihre Ausstattung und Qualität den individuellen Bedarfen der Kinder, Jugendlichen und Familien entsprechen. In diesem Sinne regt der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie an, dass das Land Berlin gemeinsam mit den Bezirken prüft, kommunale Angebote im Bereich der HzE bereitzustellen. Diese sollen die Angebote der freien Träger ergänzen. Dies gibt dem Land Berlin unter anderem auch die Möglichkeit, durch eigene Leistungserbringung Erfahrungen zu erwerben, die auch für die Qualitätsentwicklung insgesamt positive Wirkung entfalten könnten.

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie nutzt die Gelegenheit und bedankt sich an dieser Stelle für die ausführliche und kompetente Berichterstattung durch die zuständige Senatsfachverwaltung.